



Brigitte Zypries

Mitglied des Deutschen Bundestages
Bundesministerin für Wirtschaft und Energie

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon 030 227 – 74099

Fax 030 227 – 76125

E-Mail: brigitte.zypries@bundestag.de

Berlin, 23. Februar 2017

Beschlossen: Patienten werden bei Heil- und Hilfsmitteln besser versorgt

Schlechte Windeln sorgten bei Inkontinenzpatienten immer wieder für Ärger, weil die Krankenkassen, ohne auf die Qualität zu achten, dem billigsten Anbieter den Vorzug gaben. Jetzt hat der Bundestag das Gesetz zur Stärkung der Heil- und Hilfsmittelversorgung (HHVG) verabschiedet. Danach muss bei der Auswahl von Hilfs- und Heilmitteln auch die Qualität berücksichtigt werden. Und es wird keine Exklusivverträge mehr mit nur einem Anbieter geben.

Diese Verbesserung betrifft Hilfsmittel wie Hörgeräte, Prothesen, Gehhilfen, Rollstühle oder Einlagen bei Inkontinenz. Unter die Heilmittel fallen beispielsweise Ergo-, Logo- und die Physiotherapie.

„Die SPD-Fraktion hat die zahlreichen Beschwerden über mangelhafte Hilfsmittel aufgegriffen und im Juni 2015 die Initiative für eine Gesetzesänderung ergriffen“, erklärt die Bundestagsabgeordnete Brigitte Zypries (SPD). Alle Forderungen der SPD seien jetzt in dem Gesetz umgesetzt, das am 1. April 2017 in Kraft tritt.

„Es ist der SPD auch gelungen, den Leistungsanspruch zu erweitern“, erläutert Zypries. „Wer zum Beispiel eine Brille mit mehr als 6 Dioptrien benötigt, bekommt die Kosten für Gläser oder Kontaktlinsen künftig erstattet.“

Entscheiden sich Versicherte für eine Versorgung, die über das medizinisch Notwendige hinausgeht, haben sie Anspruch auf die Regelleistung der Krankenkasse. Sie müssen dann nur die Mehrkosten zahlen.

Die Krankenkassen und die Leistungserbringer sind nach dem Gesetz verpflichtet, die Versicherten über ihre Rechte bei der Hilfsmittelver-

Pressenmitteilung



Brigitte Zypries

Mitglied des Deutschen Bundestages
Bundesministerin für Wirtschaft und Energie

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon 030 227 – 74099

Fax 030 227 – 76125

E-Mail: brigitte.zypries@bundestag.de

sorgung zu beraten. „Das Gesetz enthält sehr viele Änderungen. Deshalb gilt: Ab 1. April vorsichtshalber in jedem Fall konkret nachfragen“, empfiehlt Zypries.

Pressemitteilung